

Gemeinderat Dettenheim
CDU - Fraktion
(Manfred Oberacker)

Dettenheim, 18.12.2018

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt für das Planungsjahr 2019

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin, werte Mitarbeiter unserer Verwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Zu Beginn der Beratungen für das kommende Haushaltsjahr galt es für unsere Fraktion zunächst 2 Hürden zu bewältigen:

- zum Ersten war dies die Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts, dessen Anforderungen uns zunächst in der Theorie vorgestellt wurden - und dessen Anwendung nun bei den Beratungen zum Haushalt 2019 in der Praxis erfolgte.
Ich darf gestehen, dass ich in diesem neuen Bereich noch nicht bis in Detail durchdringen konnte. Allerdings hat uns unser Rechnungsamtsleiter, Herr Schmidt mit seiner Fachkenntnis, seiner Geduld, mit Vergleichen und Beispielen an die Neuerungen herangeführt, sodass der Dettenheimer Haushalt und die damit verbundenen Entwicklungen für uns zu verstehen waren.
- Zum Zweiten wurden wir im Verlauf der aktuellen Haushaltsberatungen am 22.11.2018 mit der Entscheidung von Frau Bürgermeister Göbelbecker (aus den Beratungen im November 2017) konfrontiert, dass zukünftig Maßnahmen für die Haushaltsberatungen zeitlich früher in den Gemeinderatssitzungen im vorzubringen sind. An diesen Hinweis haben wir uns innerhalb der Fraktion bei der Erstellung des Maßnahmenkatalogs für 2019 im September nicht mehr erinnert.
Da auch die anderen Fraktionen entsprechenden Maßnahmen in den Sitzungen des laufenden Jahres 2018 nicht vorbrachten, unterblieben somit die von der Bürgermeisterin gewünschten Diskussionen im Vorfeld der Haushaltsberatungen.
Wir legten unseren Katalog - wie schon immer von allen Fraktionen praktiziert- auch nach der Sommerpause am 22.09.2018 vor.
Es erfolgte keine Reaktion der Verwaltung - etwa in Form einer Erinnerung an den Beschluss der Bürgermeisterin - vor Beginn der Beratungen oder bei der Begehung zum Haushalt 2019, am 11. bzw.

19.10.2018.

Nachdem die Verwaltung die entsprechenden Unterlagen für die Beratungen im Verwaltungsausschuss vorbereitet hatte und wir wie erwähnt erst wieder am 22.11.18 auf den Änderungswunsch von Frau BM Göbelbecker hingewiesen wurden, blieben leider doch einige Merkmale aus unserem Maßnahmenkatalog unberücksichtigt.

Dies war und ist für unsere Fraktionen äußerst ungewöhnlich, weshalb wir recht zeitnah eine Beratung über den Modus „Maßnahmenkatalog der Fraktionen“ in der nächsten Gemeinderatssitzung beantragen werden.

Die Gestaltung und Bewertung des Haushalts für das Jahr 2019 war für uns alle ein absolutes Novum.

Wir nehmen Abschied vom „kameralen System“ und stellen auf das jetzige „Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen“ (NKHR) um, das nun den Ressourcenverbrauch als Zahlungsvorgänge und eine Bilanz umfasst. Dies stellt die Kommunen in Baden-Württemberg - auch uns in Dettenheim vor eine große Herausforderung.

Erstmalig muss hierfür im Vorfeld das komplette Vermögen einer Gemeinde bewertet werden.

Man kann sich annähernd vorstellen, welcher Kraftakt notwendig ist, um das kommunale Vermögen zu bilanzieren. Angefangen bei Straßen bis hin zu Gebäuden, Grundstücken und Einrichtungsgegenständen.

Dass es uns das neue Haushaltsrecht nicht einfacher macht, merkt man vor allem daran, dass wir künftig verpflichtet sind, Abschreibungen zu erwirtschaften. Mit Einführung dieses Modus, soll dem Reformziel der „intergenerativen Gerechtigkeit“ Rechnung getragen werden.

Ein komplizierter Begriff, der in einfachen Worten bedeutet: die Entscheidungen, die wir heute treffen, müssen für künftige Generationen refinanzierbar bleiben.

Bei der Erstellung des Haushalts auf der Basis des Neuen Kommunalen Haushaltsrechtes, gilt es nun auch die kalkulatorischen Kosten zu ermitteln und somit auch den Werteverbrauch der kommunalen Infrastruktur zu erwirtschaften.

Dies schlägt sich aktuell und auch in Folgejahren des Dettenheimer Haushalts mit jeweils rd. 1,1 Mio€ nieder und bedeutet zukünftig konkret: finanzielle Einschränkungen bei den Haushaltsgestaltungen.

Deutschland und insbesondere Baden-Württemberg profitiert derzeit von einer außerordentlich robusten Konjunktur.

Schon im siebten Jahr in Folge sprudeln die Steuereinnahmen, was natürlich auch Dettenheim gut tut.

Wer jedoch glaubt, man sei derzeit auf Rosen gebettet, der täuscht sich.

Nur die Einnahmenseite zu betrachten, wäre deshalb zu kurz gesprungen. Erst mit Blick auf die Ausgabenseite ergibt sich ein ganzheitliches Bild. **Die Herausforderungen an die Kommunen wachsen ständig und sind immens**, wie uns die aktuellen Zahlen gerade im

- Bereich der Kinderbetreuung,
- der Zuweisungen an Kindergartenträger
- die Ausstattungserfordernisse für die Schulen,
- bauliche Anforderungen/Brandschutz an kommunalen Einrichtungen und letztendlich aber auch
- der erforderliche Personalaufwand zeigen.

Der Mehraufwand gegenüber den Planansatz (2018) bei den angeführten Haushaltsstellen liegen aktuell bei rd. 1,3 Mio €.

Unsere aktuelle Haushaltssatzung sieht im Ergebnishaushalt Erträge i.H.von 14,16 Mio€ vor; die ordentlichen Aufwendungen liegen bei rd. 14,903 Mio €. Somit beträgt das veranschlagte Gesamtergebnis
– (minus) 767 T€.

Nach den aktuellen Planungen ergibt die relevante Differenz im Ergebnishaushalt bei Einzahlungen von rd. 13,64 Mio€ und Auszahlungen in Höhe von rd. 13,27 Mio€ einen Überschuss (vormals Zuführungsrate) i.H.von rd. 370 T€.

Für Investitionen sind für 2019 insgesamt rd. 3,78 Mio€ eingestellt. Dies bedeutet eine Reduzierung gegenüber dem Planansatz für 2018 um rd. 800 T€.

Dies scheint aus unserer Sicht auch angemessen, wenn man als Vergleich, die im Haushalt 2017 festgestellte Summe i.H.von 3,9 Mio€ gegenüber stellt.

Steuereinnahmen, Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuer, sowie Schlüsselzuweisungen sind unsere Haupteinnahmen; Gewerbe- und Einkommensteuer richten sich auch nach der Infrastruktur unserer Gemeinde. Darum gilt es sich heute auch schon Gedanken über das „morgen“ zu machen. Hier spreche ich speziell die Planungen bezüglich der Erweiterung von Gewerbegebieten in beiden Ortsteilen an.

Gerade für den **Bereich „Mönchsfeld“** wurden vor Jahren erste Planungsschritte eingeleitet. Auch der Bürgermeister der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten hat sich kürzlich für eine diesbezügliche Weiterentwicklung auf dem „Mönchsfeld“ ausgesprochen.

Wir bedauern, dass im Haushalt für diese in den nächsten 4 Jahren auch nicht der geringste Betrag für den Erwerb von Grundstücken eingestellt wurde. In der Finanzplanung für 2016 war für die Jahre 2017 und 2018 der Betrag von 700 T€ für die Erschließung „Mönchsfeld“ vorgesehen. (und zusätzlich 600 T€ für Abwasser und Entwässerung)

Es ist uns wohl bekannt, dass diese Planungen aufgrund unterschiedlicher Eigentumsverhältnisse nicht einfach sind, aber wir sollten diesen Weg mit dem Ziel „Gewerbegebiet Mönchsfeld“ wieder gemeinsam aufnehmen und weiter verfolgen.

Gleiches gilt auch für die Umsetzung eines **Anschlusses des Gewerbegebietes „Waldteiler“ - Umfahrung Rußheim - Anbindung an die neue L 602 Richtung Huttenheim.**

Die L 602 wird aktuell gebaut, wir planen die Erweiterung des Wohngebietes „Hagäcker-Weglängenäcker“..darum sollten wir uns jetzt an unseren Beschluss im Gemeinderat (öffentliche Sitzung 16.09.2008) erinnern:

„Auf Antrag der Verwaltung beschloss der Gemeinderat mit 11 Ja Stimmen, bei 6 Nein Stimmen, dass die Planung für die Umfahrung Rußheim als Gemeindemaßnahme vorangetrieben wird und die Finanzierung nach dem Entflechtungsgesetz geklärt wird.“

Dies ist für uns ein wichtiger Punkt, der seit Jahren Bestandteil unseres Maßnahmenkataloges ist.

Wir bestehen auf weitere Planungen zu dieser Maßnahme, auch wenn für die nächsten 4 Jahre hierfür keine Planungsrate eingestellt wurde. Dies fiel - aus meiner Sicht - aufgrund heftiger Diskussionen bei den HH-Beratungen zu diesem Projekt leider unter den Tisch.

Nachdem wir diesen beiden - für Dettenheim- bedeutungsvollen Projekte in Erinnerung rufen, **begrüßen wir die aktuellen Planungen im städtebaulichen Bereich**, speziell die geplanten Sanierungsmaßnahmen die Neugestaltung einzelner Straßenzüge und das vorgestellte Nahwärmekonzept.

Im Bereich der **Kinderbetreuung** möchten auch wir an stets aktuellen und bedarfsgerechten Planungen der Verwaltung festhalten, wie wir auch die anstehenden Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen unserer Kindergärten für wichtig erachten.

Aktuell wurde uns mit der Vorstellung der Energiediagnose für unsere „**Pestalozzi Schule**“ gezeigt, dass Planungen für bauliche Veränderungen / Sanierungsmaßnahmen anstehen. Hier möchten wir allerdings auch ein Augenmerk auf eine Bedarfsplanung richten, die recht zeitnah im Zusammenwirken mit der Schulleitung erstellt werden muss.

Was die Dettenheimer Seniorinnen und Senioren betrifft, freuen auch wir uns darüber, dass in wenigen Wochen die **Seniorenresidenz Dettenheim** ihrer Bestimmung übergeben wird. Eine gute Sache für unsere Gemeinde, wir hoffen, dass Bewohner und auch Anwohner dies ähnlich beurteilen können.

Ein Anliegen ist uns immer noch die ungleiche Behandlung unserer Gemeinde im Bereich des ÖPNV .

In den letzten 5 Jahren stieg unsere Kostenbeteiligung an den Landkreis von 159 T€ auf 191 T€ mit steigender Tendenz. Sicher die Anbindung nach Graben wurde verbessert, in den späten Abendstunden allerdings sind wir vom ÖPNV-Netz fast völlig getrennt.

Unsere Bemühungen um die Einrichtung eines Anrufsammeltaxis auch für unsere Gemeinde dürfen nicht erlahmen.

Dettenheim ist auf der Karte des KVV und des Landkreises immer noch ein weißer Fleck.

Aktuelle Beschwerden von Eltern und jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern erfordern einen neuen Anlauf in dieser Sache, zumal dies auch ein großes Anliegen der Teilnehmer am Bürger-Café der Gemeinde war.

Ein Beispiel können wir uns am aktuellen Probelauf der Gemeinde Marxzell nehmen.

Last but not least - weitere Maßnahmen für den Planungszeitraum aus unserer Sicht sind:

- die Schaffung bzw. Verbesserung der notwendigen Umkleide- und Toilettenanlagen an unseren Badeseen,
- ein Gesamtkonzept zur Gestaltung unserer Spielplätze,
- Einführung der Behördennummer „115“,
- sowie des Rats- und Bürgerinfosystems (wie in allen angrenzenden Kommunen bereits praktiziert). Entsprechende Beschaffungen für die Verwaltung im Bereich der EDV sollte der Startschuss hierfür sein.

Mit diesem Punkt möchte ich unseren Rückblick auf wesentlichste Punkte unseres Maßnahmenkatalogs und das Zahlenwerk des Haushaltes für 2019 abschließen.

Wie bereits erwähnt, ist es nicht einfach, eine Stellungnahme zu einem Haushaltsentwurf möglichst sachlich und objektiv abzugeben, wenn Vorschläge der Fraktion nicht oder nur teilweise Grundlage der Beratungen sind. Eine besondere Situation für die CDU Fraktion im GR Dettenheim. Das Haushaltsrecht und die damit verbundenen Formalitäten müssen im Gremium das „Königsrecht“ bleiben.

Die CDU Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2019 und den Zahlen des Wirtschaftsplanes 2019 für unser Wasserwerk zu und hoffen, dass wir 2019 wieder zur gewohnten und bewährten Praxis bei den Haushaltsberatungen (Maßnahmenkatalogen) für unsere Gemeinde zurückkehren werden.

Die Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse für 2019 werden wir sehr aufmerksam verfolgen.

Letztendlich kommt es nicht auf das „gut gemeint“ sondern auf das „gut gemacht“ an.

Trotz einzelner kritischen Anmerkungen unsererseits, bedanken wir uns zum Jahresabschluss bei Bürgermeisterin Ute Göbelbecker und der gesamten Verwaltung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Jahr 2018.

Einen besonderen Dank gilt den Herren Amtsleitern für das gute Miteinander - nicht nur bei den Haushaltsberatungen. Es ist wichtig zu wissen und sehr sachdienlich - dass unsere Anfragen, persönlich, telefonisch oder per mail - kurzfristig und kompetent bearbeitet und beantwortet werden.

Wir schätzen auch das sachdienliche Zusammenwirken mit dem Ortschaftsrat und mit Herrn OV Manfred Werner.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit - wir wünschen Ihnen und Euch ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019.

Manfred Oberacker